

A faded, light-colored background image of a modern, multi-story building with a grid of windows and a prominent entrance area. The building is slightly out of focus, creating a soft, ethereal effect.

**Rede  
zur Hauptversammlung  
am 27. März 2008**

**Dr. Ulrich Hartmann**  
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich komme nun zum Bericht des Aufsichtsrats.

Als wir Sie am 20. Juli letzten Jahres zur ordentlichen Hauptversammlung einluden, gingen wir davon aus, über ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2006/2007 berichten zu können. Der Umstand, dass wir uns erst heute, fast zwölf Monate nach Ende des Geschäftsjahr 2006/2007, zur ordentlichen Hauptversammlung treffen, zeigt, welche schwere Krise die Bank erschüttert hat.

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2006/2007 mussten geändert werden. Auch der bereits vorgelegte Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2006/2007 mit dem darin enthaltenen Bericht des Aufsichtsrats vom 27. Juni 2007 wurde der Situation der

Gesellschaft nach der Krise nicht mehr gerecht. Wir können daher erst heute nach Vorlage des geänderten Geschäftsberichts und der uneingeschränkten durch den Abschlussprüfer erteilten Testate die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2006/2007 abhalten.

Ende Juli letzten Jahres kam es zu einer krisenhaften Entwicklung am US-Hypothekenmarkt, die nicht nur die IKB, sondern weltweit unzählige Banken getroffen hat. Offensichtlich haben die meisten der Marktteilnehmer sich den globalen Zusammenbruch der Refinanzierungsmöglichkeiten am Commercial Paper-Markt nicht vorstellen können. Durch den Zusammenbruch des Commercial Paper-Markts drohte die Ziehung der dem Conduit Rhineland Funding gewährten Liquiditätslinien. Hierdurch wurde die Existenzkrise der Bank ausgelöst, die nicht nur Sie, sehr geehrte Damen und

Herren, sondern auch den Aufsichtsrat überrascht hat.

Wir haben uns selbstverständlich im Aufsichtsrat intensiv gefragt, ob wir unseren Pflichten als Aufsichtsrat der Gesellschaft ordnungsgemäß nachgekommen sind und ob der Aufsichtsrat hätte wissen müssen oder erkennen können, inwieweit die IKB im Geschäftsbereich Verbriefungen durch Investitionen im Subprime-Segment signifikanten Risiken ausgesetzt war. Wir nehmen die Kritik am Aufsichtsrat, die auch in Gegenanträgen und angekündigten Anträgen auf Sonderprüfungen ihren Ausdruck gefunden hat, sehr ernst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Aufgabenverteilung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ist im Aktienrecht eindeutig geregelt.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft, der Aufsichtsrat hat die Tätigkeit des Vorstands zu überwachen. Der Aufsichtsrat kann seiner Überwachungstätigkeit nur in dem Umfang nachkommen, wie er vom Vorstand informiert wird und wie der Vorstand seiner Verpflichtung zur ordnungsgemäßen und vollständigen Information nachkommt.

Das mag banal klingen, ist aber gleichwohl die im Aktienrecht geregelte Aufgabenverteilung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Liegen dem Aufsichtsrat Hinweise für ein etwaiges Fehlverhalten vor, muss er diesen nachgehen. Genauso hat der Aufsichtsrat gehandelt.

Vorwürfen des im Herbst 2006 ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds Schönherr ist der Aufsichtsrat unverzüglich mit einer Sonderprüfung durch KPMG

nachgegangen. Diese Sonderprüfung befasste sich mit den Bereichen Risikovorsorge und Zinsrisiko und bestätigte die angemessene Risikovorsorge der Bank. Aus dieser Sonderprüfung ergab sich keinerlei Hinweis auf die am 27. Juli 2007 bekannt gewordenen Subprime-Risiken aus den Portfolioinvestments der IKB und des Conduits Rhineland Funding.

Zuvor hatte die BaFin von Oktober bis Dezember 2005 eine routinemäßige Prüfung nach § 44 KWG durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche durchführen lassen. Einer der beiden Prüfungsschwerpunkte bestand darin, die Werthaltigkeit von Investitionen in verbriefte ausländische Kreditengagements zu durchleuchten. Die Prüfung ergab keine Hinweise auf Risiken aus den entsprechenden Liquiditätslinien für die Ankaufgesellschaften des Conduits Rhineland Funding.

Auch aus der routinemäßigen Prüfung des Prüfungsverbandes Deutscher Banken im Zeitraum vom 8. Mai bis 4. August 2006 ergaben sich für den Aufsichtsrat keine Anhaltspunkte über drohende Risiken der Bank und ein unzulängliches und versagendes Risikomanagement. Dabei hat der Einlagensicherungsfond auch das Conduit Rhineland Funding und die daraus sich ergebenden Liquiditätsrisiken als einen Prüfungsschwerpunkt durchleuchtet.

Das Ergebnis der Prüfung der BaFin und des Prüfungsverbandes Deutscher Banken bestätigte das Bild des Aufsichtsrats, dass aus den Liquiditätslinien wegen des seit Jahren funktionierenden CP-Marktes keine signifikanten Risiken resultieren.

Hinweise auf die Unzulänglichkeit des Risikomanagements ergaben sich auch nicht aus dem Prüfungsbericht der KPMG über die Abschlussprüfung zum 31. März 2007.

Es waren Mitglieder des Aufsichtsrats, die aufgrund erster Berichte in der Presse in der Aufsichtsratssitzung am 27. Juni 2007 nach einem etwaigen Engagement der IKB im Subprime-Bereich gefragt haben. In dieser Sitzung hat der Vorstand zum Ausdruck gebracht, dass aus dem Subprime-Investment der Bank keine signifikanten Risiken resultieren. Auch der Abschlussprüfer, die KPMG, hat in dieser Sitzung in einer Weise Stellung genommen, dass der Aufsichtsrat für die IKB keine negativen Schlüsse ziehen konnte.

Wir alle, Sie sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre und der Aufsichtsrat, glaubten noch aufgrund

der Presseerklärung am 20. Juli 2007 - also sieben Tage vor Ausbruch der Existenzkrise - dass die Entwicklung auf dem US-Hypothekenmarkt für die IKB kein Risiko darstellt. Diese Erklärung war mit dem Aufsichtsrat nicht abgestimmt. Der Aufsichtsrat hat sie erst aus der Presse erfahren. Heute wissen wir, dass der Vorstand mit der Presseerklärung auf eine wachsende Nervosität im Markt reagieren wollte.

Erst am 27. Juli 2007 hat der Vorstand den Aufsichtsratsvorsitzenden über das Subprime-Risiko des Portfolioinvestments, das die Krise der Bank ausgelöst hat, informiert.

Meine Damen und Herren,  
das Verbriefungsgeschäft war ein Teil des Geschäfts der IKB, so wie es das Geschäft vieler Banken weltweit war.

Im März 2002 hat der Vorstand den Aufsichtsrat über die Aufnahme des Verbriefungsgeschäftes mit dem Conduit Rhineland Funding informiert. Die vorgetragene Begründung war plausibel, weil die Bank, auch zur Verbesserung ihres eigenen Ratings, ihr Risiko im Mittelstandsgeschäft durch andere Anlagen und Geschäfte diversifizieren wollte.

In Sitzungen im Juli/August 2006 hat der Aufsichtsrat von der Ausgliederung des Portfolio-/ Investmentberatungsgeschäfts auf die Tochtergesellschaft, die IKB Credit Asset Management GmbH, die sog. IKB CAM, Kenntnis genommen. Als Grund für die Ausgliederung wurde das Volumen der Portfolioinvestments angegeben, wobei Schwerpunkt des Geschäfts die Beratung Dritter sein sollte. Der Vorstand vermittelte dem Aufsichtsrat den Eindruck, dass das Beratungsgeschäft ertragreich

und insbesondere risikoarm ist, wie es das Geschäft vieler Banken weltweit war und bei dem alle hohe Erträge erwirtschafteten.

Dem Aufsichtsrat war auch aufgrund der Berichte des Vorstands der Umfang des Conduitgeschäfts und der von der IKB in dem Zusammenhang übernommenen Liquiditätslinien bekannt. Das insoweit durch Liquiditätslinien der IKB gedeckte Volumen in Höhe von ca. 11,9 Mrd. Euro wurde im Hinblick auf die unterliegenden Investments und der funktionsierenden CP- und Geldmärkte als unternehmerisch vertretbar dargestellt.

Ab 2005 ist das Verbriefungsgeschäft ausgeweitet worden. Den damit verbundenen Sorgen des Aufsichtsrats wurde vom Vorstand mit dem Hinweis begegnet, dass gerade durch die Ausplatzierung von Liquiditätslinien auf Dritte kein weiteres Risiko

der Bank begründet wurde. Die von der Bank gewährten Liquiditätslinien wurden, abgeleitet aus den gehaltenen Investments, überwiegend mit den besten von der Bank vergebenen internen Ratings qualifiziert. Hierüber wurde der Aufsichtsrat im Rahmen der Kreditentscheidung und regelmäßig im Rahmen der Kreditrisikoberichte informiert. Auch erfolgte immer wieder der Hinweis, dass die Bonitätsstruktur der Investments in internationale Kreditportfolien sehr gut sei und nur in Portfolien im Investmentgrade-Bereich investiert werde. Auch hat der Vorstand immer wieder gegenüber dem Aufsichtsrat betont, dass gemäß der generellen Anlagestrategie der Anteil der Investmentgrade-Anlagen ohne Berücksichtigung dieser Immobilienkredite deutlich über 90 % liegt. Für den Aufsichtsrat war nicht erkennbar, dass in diesen Portfolien Immobilienkredite verpackt waren.

Alle Marktteilnehmer, die in diese strukturierten Produkte investierten, stellten bei der Investitionsentscheidung, wie wir heute wissen, maßgeblich auf die Ratings für die ABS-Tranchen bzw. CDO-Tranchen ab. Wie sich nach Ausbruch der Krise herausstellte, haben Rating-Agenturen den Risikogehalt verbriefteter Strukturinstrumente stark unterschätzt, insbesondere Höhe und Korrelation der Ausfallwahrscheinlichkeit zweitklassiger Hypothekenkredite und darauf basierender Verbriefungstransaktionen. Dass im Ergebnis die Ratings vielfach die mindere Qualität der zugrunde liegenden Kredite nicht widerspiegeln, konnte der Aufsichtsrat nicht erkennen. Den Eindruck einer risikoarmen Anlagestrategie der IKB wurde auch durch die Nicht-Konsolidierung der Anlagegesellschaften, mit dem Hinweis, dass Erstverlust-Tranchen und große Anteile der Liquiditätslinien bei anderen Banken platziert wurden, verstärkt.

Als offensichtlich im März/ April 2007 Risiken des Verbriefungsgeschäfts von Aufsichtsbehörden nachgefragt und im Vorstand diskutiert wurden, wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand nicht informiert. So fragten im März 2007 die Deutsche Bundesbank und die Luxemburger Bankenaufsicht die IKB nach ihrem Subprime-Risiko. Der Aufsichtsrat hat hiervon erst nach Ausbruch der Krise durch die Sonderuntersuchung von PwC erfahren, wobei der Vorstand den Aufsichtsbehörden das Subprime-Risiko der Bank ebenfalls nicht umfassend geschildert hat.

Die durch den neuen Vorstand in Auftrag gegebene Sonderuntersuchung durch PwC hat der Aufsichtsrat ergänzt um die Frage, ob der Aufsichtsrat durch den Vorstand unzureichend unterrichtet worden ist. PwC hat die unzureichende Unterrich-

tung des Aufsichtsrats durch den Vorstand bestätigt. Der Aufsichtsrat sei erstmals am Tage des Ausbruchs der Krise im Rahmen einer Präsidiumssitzung über die Probleme der IKB aus den eigenen Portfolioinvestments und den Investments von Rhineland Funding in den US-Hypothekenmarkt und das Subprime-Segment informiert worden.

Durch den Bericht von PwC zur Sonderuntersuchung wissen wir jetzt ferner, dass auch die Risikosituation der IKB dem Aufsichtsrat nicht vollständig dargestellt worden ist. So sind zwar Liquiditätslinien ausplatziert worden, aber das Kreditrisiko ist bei der Bank verblieben. Das Risikomanagement der IKB hat nicht funktioniert. Die Risikoanalyse, Risikosteuerung und das Berichtswesen für die On Balance-Investments und die Portfolioinvestments für die Rhineland Funding war der IKB CAM übertragen worden.

Die Organisation des ausgelagerten Portfolio-Geschäfts in die IKB CAM war jedoch unzureichend. Die der IKB CAM eingeräumten Handlungsspielräume waren im Vergleich zu dem sich daraus ergebenden Einfluss der IKB CAM auf die Risikoposition der Bank deutlich zu groß. Angesichts der Höhe des Investitionsvolumens und der Bedeutung der Risiken hätten die Gesamtrisiken aus den Portfolien vermehrt und fortlaufend analysiert werden müssen. Diese Mängel sind aus dem Geschäftsbericht vom Mai 2007 für das Geschäftsjahr 2006/2007 nicht erkennbar. Sie wurden dem Aufsichtsrat auch nicht in den Beratungen mit dem Abschlussprüfer dargestellt. Möglicherweise war der Vorstand selbst nicht ausreichend informiert, weil er es unterlassen hat, seinen Organisationspflichten ordnungsgemäß nachzukommen.

Die Versäumnisse des alten Vorstands sind weiter aufzuklären. Der Aufsichtsrat hat auf der Grundlage des Berichts über die Sonderuntersuchung von PwC eine personenbezogene forensische Untersuchung in Auftrag gegeben. Dabei wird auch geprüft, ob bewusst Hinweise auf potentielle Risiken unterdrückt oder Hinweisen nicht nachgegangen wurde. Diese Untersuchung, die noch nicht abgeschlossen ist, und die Ergebnisse der parallel laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sind Grundlage für die etwaige Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die im Geschäftsjahr 2006/2007 amtierenden Mitglieder des Vorstands.

Der Aufsichtsrat hat auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem PwC-Gutachten personelle Maßnahmen ergriffen. Wir haben uns von den Vorstandsmitgliedern Ortseifen, Doberanzke,

Braunfeld und Guthoff getrennt. Die Restlaufzeit der Dienstverträge wurde nicht vergütet, es wurden keine Abfindungen gewährt - Übergangsgelder werden nicht gezahlt. Veranlasst durch die Änderung des Konzernabschlusses zum 31. März 2007 wurde die Erreichung der mit den Mitgliedern des Vorstands im Rahmen der variablen Vergütung vereinbarten Ziele überprüft. Ergebnis der Prüfung ist, dass bis auf die vertraglich zugesicherte Mindesttantieme die variable Vergütung zurückzufordern ist.

Ein wesentliches Anliegen des Aufsichtsrats nach Ausbruch der Krise musste es sein, die Funktionsfähigkeit des Vorstands der Bank sicherzustellen. Zu neuen Vorstandsmitgliedern wurden am 29. Juli 2007 zunächst Herr Bräunig sowie Herr Glüder bestellt. Herr Bräunig übernahm den Vorsitz im

Vorstand. Herr Grzesik folgte als weiteres Mitglied des Vorstands am 15. Oktober 2007.

Herr Bräunig ist für das Segment Firmenkunden, den Bereich Unternehmensentwicklung und Kommunikation sowie die Konzernrevision zuständig. Er ist promovierter Jurist und trat nach Stationen im Investment Banking der Commerzbank und als Sales Finance Director bei Airbus Industries 1989 in die KfW Bankengruppe ein. Dort war er im Vorstand für das Kapitalmarktgeschäft zuständig. Mit der KfW und der Aufsichtsbehörde ist abgesprochen, dass sein Vorstandsmandat bei der KfW während seiner Tätigkeit für die IKB ruht.

Herr Glüder ist im Vorstand verantwortlich für das Segment Verbriefungen, Treasury und Financial Markets, das Segment Strukturierte Finanzierung und den Bereich Volkswirtschaft. Herr Glüder ist

promovierter Volkswirt und bekleidete seit etwa 20 Jahren verschiedene Funktionen auf der Aktiv- und Passivseite der KfW, zuletzt als Direktor und Leiter der Kreditverbriefung.

Herr Grzesik ist im Vorstand für das Segment Immobilienkunden und den Bereich Finanzen, Controlling und Steuern zuständig. Herr Grzesik ist promovierter Betriebswirt und trat nach 8 Jahren in der Konzernentwicklung der Deutschen Bank 1996 in der DEPFA Bank ein, wo er seit 2001 als Mitglied des Vorstands, zunächst der DEPFA Bank, dann der DEPFA Bank plc für das Finanzressort zuständig war.

Wir danken Herrn Bräunig, Herrn Glüder und Herrn Grzesik herzlich für Ihre Bereitschaft, in dieser extrem schwierigen Situation die Leitung der Bank zu übernehmen und sich der damit verbundenen Her-

ausforderung zu stellen. Sie haben diese Herausforderung in hervorragender Weise bewältigt.

Im Vorstand verblieben ist Herr Momburg. Er war mit dem die Krise auslösenden Geschäftsfeld Verbriefungen und dem Bereich Risikomanagement der Gesellschaft über Jahre nicht unmittelbar befasst. Vor diesem Hintergrund wurde er – trotz seiner Gesamtverantwortung als Vorstand für die Lage der Gesellschaft – zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Vorstands im Hinblick auf das laufende Bankgeschäft gebeten, seine Arbeit im Vorstand fortzusetzen. Herr Momburg ist im Vorstand nunmehr für das Risikomanagement sowie den Bereich Personal und Service zuständig.

Während Aufsichtsrat und Vorstand für die ehemaligen Vorstände, die im Geschäftsjahr 2006/2007 amtierten, eine Entlastung nicht empfehlen, wird

für Herrn Momburg vorgeschlagen, die Entlastung bis zum Abschluss der Prüfung zu vertagen.

Im Geschäftsjahr 2006/2007 erörterte der Aufsichtsrat in vier turnusmäßigen Sitzungen den Geschäftsverlauf des Konzerns. Das Präsidium tagte fünfmal, der Finanz- und Prüfungsausschuss zweimal. Mit Ausbruch der Krise hat der Aufsichtsrat seine Überwachungs- und Beratungstätigkeit der existenzbedrohenden Situation der Gesellschaft angepasst.

Der neu bestellte Vorstand hat in enger Abstimmung mit dem Aufsichtsrat insbesondere den Sonderuntersuchungsbericht PwC und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Gesellschaft erörtert. Dies betrifft auch kritisch zu sehende Bilanzierungsfragen, wie die Konsolidierung von Rhineland Funding sowie die Änderung der Bi-

lanzierung der Eigenmittelanlage. Weiter wurden die für die Bewältigung der Krise notwendigen Maßnahmen durch den Aufsichtsrat beratend begleitet. Den vollständigen Bericht des Aufsichtsrats finden Sie ab der Seite 75 im Geschäftsbericht. Die individualisierten Vergütungen des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie die Erläuterung der Grundzüge der Vorstandsvergütung mit einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Vergütung finden Sie auf den Seiten 63 bis 67 im Geschäftsbericht.

An dieser Stelle möchte ich dem Vorstand für die schwierige Arbeit der letzten Monate danken. Auch bei den Mitarbeitern der IKB, die dieser die Treue gehalten und sich ebenfalls engagiert den Herausforderungen gestellt haben, darf ich mich recht herzlich bedanken.

Der Aufsichtsrat hat gestern Herrn Dr. Andreas Leimbach mit Wirkung zum 1. April 2008 in den Vorstand der IKB berufen. Herr Dr. Leimbach, Jahrgang 1959, ist promovierter Betriebswirt und hat 1987 den Master of Business Administration an der Universität Wisconsin in USA erworben. Sein Berufsweg ist geprägt von 18 Jahren Corporate Finance Geschäft bei der Dresdner Bank im In- und Ausland in der Zeit von 1988 bis 2006. Bevor er 2005 in den Vorstand der Dresdner Bank berufen wurde, war er sieben Jahre in der Niederlassung Hamburg tätig, zuletzt als Mitglied der Geschäftsleitung des Corporate Banking Norddeutschland. Vorstand und Aufsichtsrat halten es für notwendig, unbeschadet des laufenden Verkaufsprozesses der IKB den Vorstand zu verstärken. Herr Dr. Leimbach ist aufgrund seines Lebenslaufes und seiner Erfahrung im Firmenkundengeschäft in hervorragender Weise geeignet, für

dieses Geschäftsfeld im IKB Vorstand Verantwortung zu übernehmen.

Mit Ablauf dieser Hauptversammlung scheidet turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat die Herren Ammer, Behrend, Kammüller, v. Tippelskirch und ich aus. Herr Ammer stellt sich zur Wiederwahl. Anders als angekündigt hat Herr Ammer zwischenzeitlich mitgeteilt, dass er zur Übernahme des Aufsichtsratsvorsitzes nicht zur Verfügung steht. Herr v. Tippelskirch und ich erreichen die Altersgrenze von 70 Jahren und stehen daher nicht mehr zur Verfügung. Mit den Herren Grillo, Oerter und Tacke haben wir aus unserer Sicht geeignete Kandidaten für den Aufsichtsrat gefunden. Herr Meister hat uns nach Veröffentlichung der Tagesordnung mitgeteilt, dass er nicht mehr zur Verfügung steht. Stattdessen schlagen wir heute Herrn Dieter Pfundt zur Wahl in den Aufsichtsrat vor.

Herr Pfundt ist persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Sal. Oppenheim. Er verfügt über jahrelange Erfahrung im Bankgeschäft, insbesondere im Investmentbankbereich. Eine ausführliche Vorstellung von Herrn Pfundt inklusive der Angabe seiner sonstigen Mitgliedschaften finden Sie in dem Ergänzungsblatt, das Ihnen mit der Einladung ausgegeben wurde bzw. am Informationsschalter ausliegt.

Der Aufsichtsrat schlägt weiter vor, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC zum Abschlussprüfer zu bestellen. Dieser Wechsel ist aufgrund der Krise der Bank notwendig. PwC wurde bereits durch das Amtsgericht Düsseldorf zum Prüfer des Halbjahresfinanzberichts zum 30. September 2007 bestellt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie schon erwähnt, kam die Krise der Bank für den Aufsichtsrat ohne vorher erkennbare Hinweise. Der Aufsichtsrat hat veranlasst, dass der im August vergangenen Jahres erteilte Prüfungsauftrag an PwC erweitert wurde. Die Sonderuntersuchung durch PwC hat bestätigt, dass das Thema Subprime-Risiko in der Aufsichtsratssitzung erstmals am 27. Juni 2007 durch Fragen von Aufsichtsratsmitgliedern an den Vorstand angesprochen worden ist. Ferner hat PwC in ihrem Sonderuntersuchungsbericht wesentliche Mängel in der Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat festgestellt.

Schließlich wurde, wie ich Ihnen berichtete, die IKB innerhalb kürzester Zeit mehrmals unabhängig voneinander sachverständig geprüft und keine dieser Prüfungen hat das die Existenzkrise der Bank auslösende Risiko aufgezeigt. Wir hatten keine

Chance, das Risiko zu erkennen und die Existenzkrise abzuwenden. Wie wir heute wissen, betrifft die Subprime-Krise nicht nur die IKB, sondern die gesamte Bankenwelt. Weltweit haben die Risikomanagementsysteme versagt ohne dass dies von den Aufsichtsgremien und Aufsichtsbehörden erkannt worden wäre. Wir sind unseren Pflichten nachgekommen. Aus diesem Grund haben wir in der Einladung zur Hauptversammlung vorgeschlagen, den Aufsichtsrat zu entlasten.

Wegen der angekündigten Sonderprüfungsanträge haben Vorstand und Aufsichtsrat noch einmal über diesen Punkt beraten. Um das Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Aktionären nicht weiter zu belasten und das Vertrauen der Aktionäre in das Unternehmen wiederherzustellen, empfehlen wir nun, die Entlastung des Aufsichtsrats zu vertagen.

Damit kann das Ergebnis einer etwaigen Sonderprüfung abgewartet werden.



**IKB Deutsche Industriebank AG**

Wilhelm-Bötzkens-Str. 1

40474 Düsseldorf

Telefon +49 (0)211 8221-0

Telefax +49 (0)211 8221-3959

[www.ikb.de](http://www.ikb.de)

E-Mail: [info@ikb.de](mailto:info@ikb.de)

VKR1 - Kommunikation

Telefon +49 (0)211 8221-2511

Telefax +49 (0)211 8221-4511

E-Mail: [investor.relations@ikb.de](mailto:investor.relations@ikb.de)